

**DEPARTEMENT
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**

EANHÖRUNG: IHRE STELLUNGNAHME

Dieses Dokument zeigt Ihnen Ihre notierten Angaben aus dem Online-Fragebogen. Es wird automatisch generiert.

Details

Name der eAnhörung	Parlamentarische Initiative der Geschäftsprüfungskommission
PDF-Dokument generiert am	14.04.2022 08:54
Stellungnahme von:	FDP.Die Liberalen Aargau

FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG

Parlamentarische Initiative der Geschäftsprüfungskommission; Gesetz über die Organisation des Grossen Rates und über den Verkehr zwischen dem Grossen Rat, dem Regierungsrat und der Justizleitung (Geschäftsverkehrsgesetz, GVG); Dekret über die Geschäftsführung des Grossen Rates (Geschäftsordnung, GO): Änderung

Anhörungsdauer

Die Anhörung dauert vom 14. Januar 2022 bis 14. April 2022.

Inhalt

Der Grosse Rat hat an der Sitzung vom 10. November 2020 eine parlamentarische Initiative vorläufig unterstützt. Mit der Vorlage soll eine gesetzliche Grundsatznorm geschaffen werden, welche es dem Grossen Rat auf Dekretsstufe erlaubt, die Stellvertretungsmöglichkeit für einzelne Kommissionen (hauptsächlich für die Geschäftsprüfungskommission [GPK]) auszuschliessen. Das Wirkungsgebiet der GPK soll zudem mittels Generalauftrag in der Geschäftsordnung (GO) beschrieben und dadurch verstetigt werden.

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter www.ag.ch/anhörungen.

Auskunftsperson

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

KANTON AARGAU

Departement Volkswirtschaft und Inneres

Anja Kaufmann

jur. Mitarbeiterin Rechtsdienst

Generalsekretariat

062 835 16 47

anja.kaufmann@ag.ch

Angaben zur Ihrer Stellungnahme

Sie nehmen an dieser Anhörung im Namen einer Organisation teil.

Wenn Ihnen unten bereits Daten angezeigt werden, sind Ihre Angaben bereits hinterlegt. Sie können die Daten bei Bedarf überschreiben und so die Angaben korrigieren. Wichtig: Wenn Sie bspw. die E-Mail-Adresse ändern, wird fortan die neue von Ihnen notierte E-Mail-Adresse für den E-Mail-Versand für eine Anhörungseinladung verwendet!

Wenn Ihnen noch keine Angaben angezeigt werden, geben Sie bitte unten Ihre entsprechenden Kontaktdaten ein. Die notierten Angaben werden hinterlegt und Ihnen in weiteren Teilnahmen an eAnhörungen automatisch angezeigt.

Adressblock - Ihre Angaben

Name der Organisation	FDP.Die Liberalen Aargau
E-Mail	info@fdp-ag.ch

Zuständige Person bei inhaltlichen Rückfragen

Bitte notieren

Vorname	Bernhard
Nachname	Scholl
E-Mail	bernhard.scholl@grossrat.ag.ch

Fragen zur Anhörungsvorlage

Frage 1

Sind Sie grundsätzlich damit einverstanden, dass für einzelne Kommissionen auf die Stellvertretungsmöglichkeit verzichtet werden kann?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 1

Frage 2

Sind Sie mit der Einführung einer Grundsatznorm auf Gesetzesstufe einverstanden, welche es dem Grossen Rat auf Dekretsstufe erlaubt, die Ausnahmeregelungen der Stellvertretungsmöglichkeit festzulegen?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 2

Ja, aber nur wenn es eine strikte Ausnahmeregelung betrifft.

Frage 3

Bevorzugen Sie bei der Umsetzung der Grundsatznorm auf Dekretsstufe einen Ausschluss der Stellvertretungsmöglichkeit für einzelne Kommissionen (Variante 1 im Anhörungsbericht) oder die Wiedereinführung der gewählten Stellvertretung für einzelne Kommissionen (Variante 2 im Anhörungsbericht)?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- Ausschluss der Stellvertretungsmöglichkeit (Variante 1)
- Wiedereinführung der gewählten Stellvertretung (Variante 2)

keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 3

Die FDP zieht aber die bisherige Regelung vor.

Frage 4

Sind Sie mit der Festlegung bzw. Verstetigung des Aufgabenbereichs der Geschäftsprüfungskommission auf Dekretsstufe einverstanden?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- ja
- ja, mit Vorbehalt
- nein
- keine Angabe

Bemerkungen zur Frage 4

Die FDP lehnt eine Verstetigung des Aufgabenbereichs der GPK ab (siehe Schlussbemerkungen). Auf der nachfolgenden Seite erhalten Sie Gelegenheit, Schlussbemerkungen zur vorliegenden Anhörung zu notieren.

Bitte beachten Sie: Ihre Stellungnahme wird erst eingereicht, wenn Sie anschliessend auf den Button "Antworten abschicken" klicken! Vorher wird Ihre Stellungnahme nicht übermittelt.

Schlussbemerkungen

Die FDP. Die Liberalen Aargau lehnt die Änderung des bestehenden WOV-Systems ab. Das System der Checks and Balances funktioniert in unserem bewährten Kommissionssystem ausgezeichnet. Die acht Fachkommissionen, die von der Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen (KAPF) koordiniert und ergänzt werden, und die KAPF selbst prüfen zwei Mal jährlich die Tätigkeit, die Rechtmässigkeit und die Finanzen der fünf Departemente, der Staatskanzlei, der selbstständige Aufgabenbereiche und die administrativen und finanziellen Belange der Justiz. Zusätzlich verfügt das Büro des Grossen Rats über das Instrument der Geschäftsprüfungskommission. In Paragraph 17 Absatz 4 der Geschäftsordnung (GO) steht: "Die Aufgaben der Geschäftsprüfungskommission werden durch das Büro bestimmt". Weiter ist darauf hinzuweisen, dass der Kanton Aargau über ausgebaute, effiziente Finanzkontrolle verfügt. Dieser Finanzkontrolle können sämtliche Kommissionen des Grossen Rats Aufträge zur Abklärung von allfälligen Unstimmigkeiten erteilen. Diese Änderung ist nach der Einführung des WOV-Systems (wirkungsorientierte Verwaltungsführung) in unserem Kanton erfolgt. Sie geht auf eine Initiative der drei Grossräte Emmenegger (SP), Furer (SVP) und Pfisterer (FDP) zurück. Damit ist das Kommissionssystem nochmals effizienter ausgestaltet worden. Zusätzlich zu all diesen Instrumenten, die bereits bestehen, will die Parlamentarische Initiative eine Parallel-Organisation aufbauen. Dies erachtet die FDP als unverhältnismässig und auch unnötig. Damit ist nicht nur ein grosser finanzieller, sondern ein grosser personeller Aufwand verbunden. Es geht gar nicht so sehr um die Tätigkeit der Geschäftsprüfungskommission, sondern um die Belastung der Verwaltung und des Regierungsrats, die zusätzlich zu diesen Kommissionssitzungen für diesen Abklärungen und Kommissionsinformationen tätig werden müssen.